

biologisch begründete Weltherrschaft Deutschlands. Oder, wie es Hildebrand etwas pathetisch ausdrückt: »Die Fahrt nach Afrika und zur Weltmacht führt über Moskau!« (S. 774). Immer dann, wenn (wie endgültig dann im Frühjahr 1943) die kolonialen Vorstellungen und Pläne seiner Umgebung nicht in die aktuelle politische Landschaft paßten, sei es, weil es Hitler um den nicht zustande gekommenen Ausgleich mit England ging, sei es wegen der Priorität seines Kampfes gegen den Bolschewismus, stellte er sie kurz entschlossen zurück. Die Kapitel vier bis sechs schildern dieses Wechselspiel von taktischen Zügen und ideologischen Wunschträumen. Schwächer geraten ist das Abschlußkapitel, in dem Hildebrand die Kolonialforderung Hitlers im Urteil der Westmächte behandelt.

Die zahlreichen Detailinformationen z. B. über den Apparat des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP können hier nicht einmal global angesprochen werden. Auch für alle diejenigen, die sich mit der Herrschaftsweise des Nationalsozialismus beschäftigen, ist Hildebrands Arbeit wichtig und eine anregende Ergänzung zu den eingehenden Untersuchungen zur Nationalsozialistischen Außenpolitik aus der Feder von Hans-Adolf Jacobsen. »Vom Reich zum Weltreich« ist in der Tat ein großer Wurf.

Wilfried von Bredow

Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933 – 1945. Kalkül oder Dogma? (= Reihe Kohlhammer), Verlag W. Kohlhammer. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971, 186 S., kart., 16,80 DM.

Hildebrand, Autor einer umfangreichen Studie über »Adolf Hitler, NSDAP und koloniale Frage«, legt jetzt auf knapp 150 Seiten eine in großen Linien gezeichnete Geschichte der »deutschen Außenpolitik 1933 – 1945« vor. Schon die Formulierung des Titels deutet darauf hin, daß diese Arbeit in Auseinandersetzung mit Hans-Adolf Jacobsens Buch<sup>1)</sup> geschrieben wurde. Während dieser die deutsche Geschichte nach 1933 von einem »revolutionären Umbruch« gekennzeichnet glaubt, der auch die Außenpolitik in ihrem Programm und ihrem Instrumentarium bestimmte, und daher folgerichtig von »nationalsozialistischer Außenpolitik« spricht, betont Hildebrand in Fortführung des Hillgruberschen Ansatzes<sup>2)</sup> eine Kontinuität in den Grundzügen der preußisch-deutschen Außenpolitik vom Bismarckreich über das Wilhelminische Kaiserreich und die Weimarer Republik bis zum nationalsozialistischen Deutschland. Allerdings meint auch er, eine »revolutionäre« Komponente in der deutschen Außenpolitik dieser Jahre zu entdecken. Diese habe sich im Ziel einer rassistisch begründeten deutschen Weltherrschaft niedergeschlagen und sei schon ansatzweise durch die Ausrottung sogenannter »rassistisch Minderwertiger« und die parallel dazu laufenden, besonders in der SS forcierten Bemühungen, eine neue, rassistisch bestimmte Elite zu schaffen, verwirklicht worden. Von einem revolutionären Bruch, d. h. einer fundamentalen Veränderung des sozio-ökonomischen Systems, könnte dagegen m. E. erst dann gesprochen werden, wenn mit der Etablierung dieser neuen Führungselite auch die Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse einhergegangen wäre. Hildebrand stellt jedoch selbst fest, daß die »bürgerlich-kapitalistische Ordnung [erst] bei einer Fortexistenz des Dritten Reiches im Prinzip gebrochen wäre«.

<sup>1)</sup> Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933 – 1938, Frankfurt/Berlin 1968.

<sup>2)</sup> Andreas Hillgruber, Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Außenpolitik von Bismarck bis Hitler, Düsseldorf 1969.

Er rettet sich aus dem Dilemma – einerseits Feststellung einer kontinuierlichen Entwicklung der preußisch-deutschen Geschichte, andererseits Entdeckung von etwas »revolutionär Neuem« – durch die These, daß der Bruch des Jahres 1933 sich gerade aus der Kontinuität der preußisch-deutschen Geschichte ergeben habe: Seit der Gründung des Reiches sei die Erhaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung oberstes Ziel seiner Führungen und der sie tragenden Schicht gewesen. Zur Verhinderung der politischen und wirtschaftlichen Emanzipation des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft und damit zur Bewahrung der Privilegien des grundbesitzenden Adels und des industriellen Großbürgertums habe man allgemeine, meist außenpolitische Ziele als nationale Integrationsmittel benutzt. Während in Wilhelminischer Zeit noch nationalistische und imperialistische Parolen diese Funktion erfüllen konnten (Burgfrieden während des Ersten Weltkrieges), sei in den 20er und 30er Jahren aufgrund der fortgeschrittenen ökonomischen und veränderten weltpolitischen Situation (russische Revolution) die Interessendivergenz so groß geworden, daß nur durch außerordentlich verschärfte Integrationsklammern die Nation noch zusammengehalten werden konnte. Unter diesem Aspekt der innenpolitischen Stabilisierung und Integration habe Hitler – sich dessen »kaum bewußt« – seine außenpolitischen Programmpunkte: Antisemitismus, Antibolschewismus und Lebensraumeroberung formuliert und so durch die Weiterführung und Übersteigerung der preußisch-deutschen Tradition deren Bruch herbeigeführt.

Abgesehen davon, daß die Integrationsfunktion der – geheimgehaltenen – Judenvernichtungen nicht erwiesen ist, erscheint mir diese These insgesamt nicht sehr einleuchtend. Die hier als spezifisch für die preußisch-deutsche Geschichte apostrophierten Methoden, eine drohende Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung durch die Proklamierung angeblich gesamtnationaler außenpolitischer Ziele aufzufangen, wurden – und werden auch heute noch – in mehr oder weniger drastischer Weise von den Führungsgruppen aller Staaten angewandt. Die Konstatierung einer Kontinuität der Verfolgung außenpolitischer Ziele im Dienste der Innenpolitik ist also zwar berechtigt, ihr Aussagewert bleibt jedoch rein akademisch.

Die Weiterführung der preußisch-deutschen Tradition in der Außenpolitik während der nationalsozialistischen Zeit dokumentiert sich eher in dem unveränderten Streben nach einer Weltmachtstellung, in den gleichbleibenden Expansionszielen (Ostmitteleuropa, Ukraine, Balkan, »Mitteleuropa«) sowie in den angewandten Methoden. Dem von Jacobsen so hervorgehobenen »revolutionären Instrumentarium« der Außenpolitik nach 1933 mißt Hildebrand keinen besonders großen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß bei.

Das von Hildebrand aus »Mein Kampf« herausdestillierte außenpolitische Programm Hitlers stellt sich für ihn »als Summe und Diktat aller in Deutschland seit 1866/71 vorhandenen politischen Ziele, wirtschaftlichen Forderungen und weltanschaulichen Vorstellungen« dar (S. 80, s. auch S. 84), die Hitler in einem systematisch verfolgten Drei-Stufen-Plan realisieren wollte: Auf der ersten Stufe sollte durch die Unterwerfung Mitteleuropas und der Sowjetunion die deutsche Hegemonie in Europa erreicht werden, die die Grundlage für die zweite Stufe, den Kampf gegen die USA um die Vormachtstellung in der Welt bilden sollte. Als erst für spätere Generationen erreichbare Endstufe war die Weltherrschaft der Deutschen als der Elite der germanischen Rasse vorgesehen. Wie im Wilhelminischen Kaiserreich galt England als Schlüssel zu einer expansiven deutschen Außenpolitik.

Hildebrands Analyse der deutschen Außenpolitik nach 1933 ergibt, daß die nationalsozialistischen Machthaber zunächst im Einklang mit den Vorstellungen und Zielen

der alten deutschen Führungsschicht und sich der traditionellen Mittel der Rüstungs- und Militärpolitik, der Bündnispolitik, aber auch der Politik »friedlicher« wirtschaftlicher Expansion bedienend, eine rational kalkulierte erfolgreiche Eroberungspolitik betrieben haben. Durch die während des Krieges in Angriff genommene Realisierung der zweiten – dogmatischen – Komponente des Programms im rassistischen Vernichtungskrieg sei diese Expansionspolitik unterlaufen worden und schließlich zusammengebrochen. Im Widerspruch von Machtpolitik und Ideologie – einer von Hildebrand behaupteten ebenfalls traditionellen Erscheinung der preußisch-deutschen Geschichte – habe die Ideologie die Oberhand behalten, das Dogma über das Kalkül (siehe den Untertitel der Studie).

Trotz der zuweilen unzureichenden Definition einzelner Begriffe (Dogma, Ideologie, Weltanschauung und Programm werden zum Teil synonym gebraucht), ist es Hildebrand gelungen, die fast ein Jahrhundert dominierenden Grundzüge der deutschen Außenpolitik transparent zu machen. Es bleibt zu wünschen, daß derartige pointierte Analysen, die auf knappem Raum einen längeren Zeitabschnitt behandeln, ohne in einen trockenen Handbuchstil zu fallen, Schule machen werden. Jutta Sywottek

Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im Nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1970, 360 S., Pb., 20 DM.

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung ist die Frage nach der inneren Beschaffenheit eines Führer-Staates wie des nationalsozialistischen, der allgemein den Eindruck monolithischer Geschlossenheit erweckte und für den das Amt Rosenberg Modellcharakter hat. An diesem Modell sollen Politik, Kompetenzen und Beziehungen vergleichbarer Dienststellen in Partei und Staat aufgezeigt werden.

Bisher wurde die Struktur des Führer-Staates allgemein auf zwei Arten beschrieben: Die eine Richtung, in etwa von Karl Dietrich Bracher vertreten, geht vom Dritten Reich als einem »einheitlichen, in höchstem Maße zentralisierten, monokratischen, von der NSDAP kontrollierten Staat« aus. Im Gegensatz dazu vertritt z. B. Buchheim die Meinung, daß dieser Staat kein rationalisiertes System, »sondern ein Gewirr von Privilegien und politischen Beziehungen, Kompetenzen und Bevollmächtigungen und schließlich ein Kampf aller gegen alle [...] war«. – Der Unterschied zwischen diesen beiden Richtungen besteht im wesentlichen im Urteil über die Planmäßigkeit des Handelns der NS-Führung.

Bollmus geht nicht von dem Modell eines monolithischen und von einem einheitlichen Führerwillen gelenkten Systems aus. Er neigt mehr Buchheim zu. Es erscheint ihm sinnvoller, den Standort des Amtes Rosenberg innerhalb des Systems erst dann zu bestimmen, wenn eine genügende Anzahl von Untersuchungen zur Politik der bedeutenden und mächtigeren Parteiführer und Organisationen vorliegt. Bisher ist die Zahl der Publikationen zur Geschichte bestimmter Ämter nicht allzu groß, da sich die Forschung zunächst den außenpolitischen Ereignissen, Krieg, Verfolgung und Widerstand zuwandte.

An Publikationen zur inneren Entwicklungsgeschichte sind hier besonders zu nennen die Arbeiten von Hans-Gerd Schumann über »Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung« sowie Wolfgang Schäfers »Entwicklung und Struktur der Staatspartei« des nationalsozialistischen Regimes. Auch über das Amt Rosenberg existiert bereits die Arbeit von Herbert P. Rothfeder, der die Entwicklung dieser Dienststelle unter insbesondere organisationsgeschichtlichen Gesichtspunkten untersucht. – Bei der